

*Kunc, Jiří: Stranické systémy v re/konstrukci. Belgie, Itálie, Španělsko, Československo, Česká republika [Parteiensysteme in der Re/Konstruktion. Belgien, Italien, Spanien, Tschechoslowakei, Tschechische Republik].*

Sociologické nakladatelství (SLON), Prag 2000, 262 S. (Studie 20).

Der Autor zieht in dieser Studie unerschrocken ins Feld der vergleichenden Sozialwissenschaft, obwohl er deren Fußangeln und Fallgruben kennt. Er umschreibt sie in der Einleitung mit dem Bild dreier Parsen. Dazu gesellt sich in Osteuropa die besondere Schwierigkeit, daß die Politologie im strikten Sinne des Wortes hier vor 1989 „kein Hausrecht“ hatte. Ein Punkt, der allerdings für die Tschechoslowakei, die DDR und weitere staatssozialistische Staaten, nicht aber (wie auf S. 7 behauptet) für Ungarn und Polen zutrifft – das ist einer der wenigen Punkte, wo der Rezensent mit dem Autor polemisieren möchte. Jiří Kunc selbst hat die aus dem Schnellstart von 1990 erwachsenen Probleme in einer bewunderswerten Weise

gemeistert. Die Souveränität mit der er Lucien Pye, Maurice Duverger, Juan Linz oder Stein Rokkan zitiert, ist in den Werken aus dieser Region ansonsten selten anzutreffen. Seine Studie ist dabei keine Kompilation aus Werken anderer, sondern ein eigenständiger Vergleich von Umbrüchen in den Parteiensystemen Belgiens, Italiens, Spaniens und der Tschechoslowakei/Tschechiens. Dies geschieht aus dem theoretischen Blickwinkel Stein Rokkans und Seymour Lipsets (S.23), die die Ursachen aktueller politischer Konflikte – bezogen vor allem auf West- und Nordeuropa – in der Konfliktgeschichte bis zur Herausbildung moderner Massendemokratien gesehen haben. Daraus hätten sich Muster von Gemeinsamkeit und Unterschied ergeben, die jene Gesellschaften bis heute prägten, gewissermaßen „eingefroren“ worden seien. Die Grundmuster der Parteiensysteme, von Sartori und anderen systematisiert, veränderten sich selten. Kunc zitiert hier (S.37) Alan Ware, welcher in einer Analyse von 24 Systemen zwischen 1958 und 1988 nur vier Fälle von solchem wesentlichen Wandel festgestellt hatte. In der vorliegenden Studie wird in den betreffenden Kapiteln stets anfangs nach der gesellschaftlichen Krise gefragt, die sich in jene des staatlich-politischen Rahmens umsetzt, in der die Parteiensysteme entweder als zentrale Akteure dieser Veränderung agieren, oder – wie in Italien und der Tschechoslowakei – in deren Rahmen sie eine solche Veränderung erleiden. In Italien führte die Krise des Parteiensystems (die Ausbildung einer Partitokratie, oder wie Beyme formulierte – die Kolonisierung der Politik durch die Parteien) zur politischen Krise der Ersten Republik (S.91 ff.) Diese Veränderungen (Rekonstruktionen oder Konstruktionen – von Kunc im Kunstbegriff „Re/Konstruktion“ zusammengefaßt) werden jeweils in den Länderkapiteln *en Détail* analysiert.

Hier verlasse ich bereits das Feld des Vier-Länder-Vergleichs und reduziere meine Rezension auf den Gegenstand der „böhmischen Länder“. Es fällt übrigens auf, daß Kunc immer wieder auch in den einzelnen Länderkapiteln mit den anderen Fällen, besonders häufig mit Spanien, vergleicht. Auf Seite 164 etwa stellt er fest, daß die Re/Konstruktion des Parteiensystems nach 1989 genau umgekehrt wie in Spanien nicht aus Fraktionen der herrschenden Partei sondern gegen jene, von außen, durchgesetzt hat: einerseits verbunden mit der Gorbatschowschen Perestrojka, andererseits aus einer aktiven gesellschaftlichen Bewegung gegen das Regime heraus.

Die tschechische Nationalgeschichte, so Kunc, fällt systematisch in den Typ VII des Rokkanschen Schemas (S.164 f.). Natürlich kommt auch die Frage ins Spiel, ob das Schema für Ostmitteleuropa überhaupt dieselbe Geltung wie für den Westen und Norden des Kontinents besitzt, oder ob in diesem Raum im 20. Jahrhundert eine „totalitäre Revolution“ die älteren historischen Spuren ausgelöscht hätte (S.166 ff., vgl. auch S.182 ff.): „Einer der grundlegenden Ausgangspunkte der vorliegenden Arbeit ist die Überzeugung, daß ähnliche Argumente unhaltbar sind.“ (S.166) Zwar lasse sich die schwache Ausprägung bestimmter Konfliktlinien in der Gegenwart feststellen, aber ihr Ursprung sei nicht postkommunistisch, sondern liege bereits in der Zeit der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Dabei greift Kunc in die schwelende Diskussion über den Charakter die Demokratie der Ersten Republik ein. Sein hauptsächliches Argument ist: Masaryk hätte eine bestimmte Auffassung von demokratischer Politik gehabt, deren negativer Konsequenzen man sich bewußt sein müsse (er wertet die Analyse Fundas aus und untermauert dabei die öffentlich ange-

griffene Position Klimeks): jene sei durch eine klare Abneigung gegen Parteien sowie durch ein Verständnis von Demokratie als Zivilreligion gekennzeichnet. Er hätte Demokratie hingegen nicht als institutionalisierten Aushandlungsprozeß begriffen (S. 172). Später wird klar: nach Kunc vertritt auch Havel ein solches reduziertes Demokratieverständnis, wenn er die Existenz des Parteien(un)wesens – *partajničeni* – in der Ersten Republik als eine der Ursachen ihres Niedergangs auffaßt (S. 177). Hiermit bewegen wir uns mitten in der aktuellen Auseinandersetzung um die politischen Mythen, die heute das öffentliche Bild von der Ersten Tschechoslowakei als „Oase der Demokratie“ (Bibó) dominieren. Kunc sieht die Kritiker dieses Mythos im Recht: Die Parteien waren nicht als Rechtssubjekte anerkannt, an ihrer Stelle agierten deren Führer („Pětka“), das Parlament nicht als Repräsentant des allgemeinen Willens respektiert, oder nur dann, wenn es mit den eigenen Auffassungen darüber, was das Land braucht, übereinstimmende Entscheidungen trifft (S. 175 und 178). Die zum Teil zu Recht gewürdigte Regimestabilität, so Kunc, kann nicht verbergen, daß die Erste Republik „keine gefestigten oder fehlerfrei funktionierenden Institutionen hatte.“ (S. 178). Jedenfalls lasse sich ihr schneller Zusammenbruch und relativ konfliktlose Transformation in die autoritäre Zweite Republik ebenso gut mit einem kritischen Befund über die Demokratie zwischen 1918 und 1938 verbinden, wie damit die stringendere Deutung der Zeit zwischen 1945 und 1948 als Vorhof der Entwicklung nach dem Februar 1948 möglich werde (S. 179).

Die nachfolgenden Abschnitte sind der Analyse des sich nach 1989 herausbildenden Parteiensystems gewidmet, wobei er sich auf die Hauptstationen konzentriert, in denen der Zerfall des OF die wichtigste Etappe darstellt. Es sei nur darauf verwiesen, daß Kunc hier die große Resonanz auf die Initiative von Václav Klaus zur Gründung einer „politischen Partei klassischen europäischen Typs mit dem Programm der rechten Konservativen“ (S. 205) – der ODS – als eine (teilweise) gerechtfertigte Reaktion von Vertretern der „grauen Gesellschaft“ ansieht, die sich von den moralischen Attitüden der Dissidenten überfordert fühlten. Gerechtfertigt waren sie in dem Sinne, daß im Diskurs der dissidentischen Heroen das verkürzte Verständnis von Demokratie als Verwirklichung eines bestimmten normativen Ziels anklang, welches schon die Mängel der Ersten Republik hervorgebracht hatte. Diese doppelte Frontstellung der ODS gegen die Vergangenheit erkläre auch ihren Erfolg in den Jahren bis 1996/97, ein Erfolg, der gleichzeitig eine Ausnahme in der Parteienentwicklung im post-staatssozialistischen Ostmitteleuropa darstellt, das eher durch die Schwäche der Parteien, vor allem der nach 1989 neuentstandenen politischen Akteure, gekennzeichnet ist (S. 208). Andere Mosaiksteine der Analyse können nur noch erwähnt werden, so die Skizze der schwierigen Neugründung der Sozialdemokratie oder der Trennung des Staates im Jahre 1992. Der „Oppositionsvertrag“ zwischen ODS und ČSSD wird als eine Möglichkeit verstanden, aus der Pattsituation nach 1998 herauszukommen, und Zeit für die untergründige erneute Rekonstruktion des gesamten Parteiensystems zu schaffen. (S. 226) Einen besonderen Wert für Kenner der jeweiligen zeitgeschichtlichen Fakten mag die souveräne Art der politologische Interpretation dieser Fakten durch Kunc bilden.

Zum Schluß wird auf wenigen Seiten resümiert. Hier soll nur auf eine der Schlußfolgerungen verwiesen werden, die mit dem ausführlicher zitierten tschechoslowakisch-tschechischen Kapitel zu tun hat:

Jede wie auch immer geartete Vorstellung über eine gegen die Parteien gerichtete Demokratisierung des politischen Systems bleibt eine Illusion. Alle hier untersuchten Fälle [...] belegen, daß die politischen Parteien ohne Ansehen ihrer Anatomie, Physiologie oder Pathologie immer wieder aus der Asche auferstehen und die demokratischen Systeme festigen. (S. 241)

Prag/Berlin

Dieter Segert